

## Debatte über Soziales Europa verstärken

„Demokratische Mitgestaltung und soziale Sicherheit“. So ist ein aktuelles Gutachten der sozialwissenschaftlichen Forschungsinitiative NRW in Europa überschrieben, das eine Politische Union für Europa skizziert. Die Vizepräsidentin der Europa-Union Deutschland (EUD) und Bundestagsabgeordnete Eva Högl begrüßt das von der nordrhein-westfälischen Landesregierung in Auftrag gegebene Gutachten und möchte eine verstärkte Debatte in der überparteilichen Europa-Union über die soziale Dimension Europas führen.

Ein klares Ziel: Eva Högl, die schon vor ihrer Zeit im Deutschen Bundestag im Europareferat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales tätig war, möchte die EU zu einer Sozialunion ausbauen.

„Die europäische Krise macht eine solche Auseinandersetzung innerhalb der Europa-Union wie auch in unserem Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern unausweichlich“, urteilt Högl. „Das Gutachten zeigt Optionen auf institutioneller Ebene auf, die wir aufgreifen sollten“, meint sie zu den Vorschlägen, die eine weitere Demokratisierung der Europäischen Union und sogar eine Sozialunion umfassen. Es sei gut, dass durch die Veröffentlichung des Gutachtens eine Diskussion angeregt werde, die den Wert Europas wieder in den Vordergrund stellt, so die EUD-Vizepräsidentin. Högl betont, es sei notwendig, Perspektiven aufzuzeigen und aktiv gegen die aktuelle Europa-Verdrossenheit vorzugehen. Das gelte auch, wenn die zu führende Debatte kontroverse und unangenehme Fragen berühre.

„Eine Stärkung des Europäischen Parlaments ist dringend notwendig, um die Übermacht intergouvernementaler Entscheidungen einzudämmen“, sagt die ausgewiesene Expertin für Europa- und Sozialpolitik. Gleiches gelte für Lösungen gegen die sozialen Ungleichgewichte innerhalb der Union. „Die drohende Spaltung der Europäischen Union müssen wir verhindern und den Mut aufbringen, sie zu einer Sozialunion weiterzu-



*Im Focus der Medien: Die jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer des deutsch-französischen Seminars, welches jüngst in Stuttgart und Straßburg stattfand, wirbelten durch Straßenaktionen und interessante Diskussionen beide Städte europäisch ein wenig auf. Warum auch nicht? Europa braucht jenseits der vielen Herausforderungen und Krisensitzungen positive Beispiele dafür, dass es Spaß macht, Europäer zu sein, und es sich lohnt, sich für ein föderal geeintes Europa einzusetzen! (mehr dazu auf Seite 5)*

*Bild: Inga Wachsmann*

entwickeln“, zeigt sich Högl überzeugt. „Erste Schritte sind ein sozialer Stabilitätspakt und eine soziale Fortschrittsklausel. Das Gutachten liefert eine gute Grundlage für überparteiliche und interkulturelle Ansätze.“

Die EUD-Vizepräsidentin betont, sie spreche mit ihrem Plädoyer für eine Sozialunion nicht für die gesamte Europa-Union. „Eine Sozialunion ist in der überparteilichen Europa-Union Deutschland umstritten. Ich möchte aber, dass wir die Debatte darüber auf der Basis unseres Düsseldorfer Programms intensiviert fortsetzen.“

Im Düsseldorfer Programm, das die Europa-Union im Herbst 2012 verabschiedete, heißt es: „Der europäische Bundesstaat und seine Mitgliedstaaten haben die Verpflichtung, in einem solidarischen Geist Gerechtigkeit, die Möglichkeit zu freier Entfaltung und Wohlstand für alle zu schaffen. In seiner Politik fördert der europäische Bundesstaat den sozialen Ausgleich und orientiert sich an den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft. Nicht alles muss dabei auf europäischer Ebene geregelt werden, aber sie muss den Rahmen schaffen und Mindeststandards setzen.“

Die Angleichung der Lebensverhältnisse auf hohem Niveau innerhalb des europäischen Bundesstaats ist eine wesentliche Voraussetzung für seinen Bestand.“ ◆

## Aus dem Inhalt

<b>Europa und Demokratie: Zwei Seiten einer Medaille</b>	<b>2/3</b>
Kommentar von Dr. Hermann Kuhn MdBB	
<b>Den Fokus auf Europäische Grundrechte legen</b>	<b>4</b>
Kommentar von Dr. Henrike Müller	
<b>Europa föderal – das ist unsere Wahl</b>	<b>5</b>
Deutsch-Französisches JEF-Seminar	
<b>Res publica ist, was Europa im Kern ausmacht</b>	<b>6</b>
UEF-Bundeskomitee in Brüssel	

## Europa und Demokratie sind zwei Seiten einer Medaille

Der Bundesausschuss der Europa-Union hat dieses Jahr die Forderung beschlossen, dass Bürgerinnen und Bürger aus anderen EU-Mitgliedstaaten in Deutschland künftig nicht nur die kommunalen Gremien, sondern Landtage und den Bundestag wählen sollen. In dem Beschluss wird auf die Initiative im Land Bremen verwiesen (siehe Europa aktiv 1/2013). Darüber soll hier berichtet werden.

Sollen EU-BürgerInnen auch bei den Wahlen zum Landtag wahlberechtigt sein? Diese Diskussion begleitet die Bremische Bürgerschaft (das ist der Landtag in Bremen) schon seit der Ratifizierung des Vertrages von Maastricht. Um das zu verstehen, muss man sich die Besonderheit Bremens vor Augen führen. Das Land Bremen besteht aus zwei Städten: Bremen und Bremerhaven. Bremerhaven ist eine (sehr freie) eigene Kommune. Die Stadt

Bremen ist verfassungsrechtlich in einer „Realunion“ mit dem Land Bremen. Das bedeutet: Die Landesregierung, der Senat, ist gleichzeitig in Personalunion der „Magistrat“ von Bremen; die Stadtbürgerschaft, der „Stadtrat“ der Stadt Bremen, ist personenidentisch mit den Abgeordneten des Landtages, die in der Stadt Bremen gewählt wurden. Denn es gibt nur eine Wahl, die Wahl zum Landtag, aus der sich dann „automatisch“ die Zusammensetzung der Stadtbürgerschaft ergibt (Bremerhaven wählt gesondert).

Parlament (Stadtbürgerschaft) wählen durften, aber nicht den Landtag. Aber der Landtag wählt die Regierung (für Land und Stadt). Eine komplizierte Situation. Die Mehrheit des Parlaments hat deshalb bereits in den 90er Jahren versucht, eine „Lex Bremen“ als Ausnahmerecht im Grundgesetz zu erwirken, ist damit aber gescheitert. Als Ergebnis gibt es seither andersfarbige Stimmzettel für UnionsbürgerInnen, die nur für die Stadtbürgerschaft gelten. Das hat in zwei Wahlperioden dazu geführt, dass die Grünen in der Stadtbürgerschaft einen Sitz mehr hatten als im Landtag, mit noch mal komplizierteren Folgen für die Gewählten. Es leben in Bremen immerhin rund 25.000 Unionsbürger, die schon Gewicht und Einfluss haben können.

Diese besondere Geschichte ist ein Teil der Erklärung, warum die rot-grüne Koalition nach der Wahl 2011 vereinbart hat, das Wahlrecht neu aufzurollen und endlich das Wahlrecht der UnionsbürgerInnen auch auf den Landtag auszudehnen. Der andere Teil ist die Debatte um das kommunale Wahlrecht für Bürgerinnen und Bürger, die weder die Staatsangehörigkeit Deutschlands noch die anderer EU-Staaten haben, die so genannten Drittstaatler. Bremen wollte sie bereits 1990 einführen, wurde damals aber von Entscheidungen der Verfassungsgerichte gehindert.

Und schließlich kamen für mich die Diskussionen im Ausschuss der Regionen (dort vertrete ich Bremen) hinzu. Der Ausschuss der Regionen hat wiederholt, zuletzt in seiner Stellungnahme „Stärkung der Unionsbürgerschaft: Förderung des Wahlrechts der EU-Bürger“ vom 1. Februar 2013, gefordert, das Wahlrecht über die Kommunalwahl hinaus auszudehnen und auch Drittstaatler einzubeziehen. Dies würde die Unionsbürgerschaft und den Zusammenhalt der Union stärken.

In den Beratungen des Parlamentsausschusses „Ausweitung des Wahlrechts“, der im Januar 2013 seinen Bericht vorgelegt hat, war unser Ausgangspunkt, dass sich seit den 90er Jahren Wesentliches in der Realität Europas und unserer Länder geän-



Bild: EU-Kommission





Bild: Abgeordnetenbüro Dr. Hermann Kuhn

dert hat: die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen und damit auch persönlichen Verflechtungen in Europa sind dichter geworden; die Menschen mit anderen Staatsangehörigkeiten als Deutsch, die in unseren Städten leben, die hier arbeiten und Steuern zahlen, ihre Kinder auf die Schulen schicken und sich engagieren, sind heute anerkannter Teil unserer Gemeinschaften. Niemand bestreitet heute mehr ernsthaft, dass Deutschland ein Einwanderungs- (und Auswanderungs-) Land ist. Und rund um uns in Europa finden wir viele Beispiele, wo das bereits funktioniert, was wir in Bremen anstreben.

Bei der Diskussion um das Wahlrecht muss man von der Grundüberzeugung der Demokratie ausgehen: Das Recht zu wählen, in freier Wahl darüber mitzuentcheiden, wer die Geschicke des Gemeinwesens auf Zeit bestimmen soll, ist ein grundlegendes Bürgerrecht. Es steht grundsätzlich allen zu. Wer dieses Recht einschränken will, muss dafür sehr gute Gründe vorbringen. Und die Geschichte zeigt, dass scheinbar gute Gründe sich immer wieder als schlechte erwiesen haben. Dass Frauen z. B. nicht wählen dürfen, akzeptieren wir nach langen Auseinandersetzungen nun seit langem nicht mehr.

Die Argumente gegen die Ausweitung des Wahlrechts haben die Verfassungsrichter noch einmal 1991 formuliert, sicherlich auch unter dem Eindruck der neu gewonnenen nationalen Einheit. Sie haben den Grundsatz geprägt: In dem Satz des Grundgesetzes „Die Staatsgewalt geht vom Volk aus“ ist mit „Volk“ das deutsche Volk gemeint, genauer: alle Menschen mit deutschem Pass. Deshalb müsse das Recht zu wählen strikt auf diesen deutschen Pass beschränkt bleiben.

Gegen diese Interpretation des Grundgesetzes gibt es aber gewichtige Einwände:

Erstens ist dieses Dogma durch den Vertrag von Maastricht schon lange durchlöchert; die Gleichung Volk = deutscher Pass = Wahlrecht gilt mit der Einführung des kommunalen Wahlrechts nicht mehr. Und was sollte die Wahl zum Stadtrat einer Halbmillionenstadt eigentlich grundsätzlich unterscheiden von der Wahl zum Landtag? Und warum soll ein Kroat, der seit zwanzig Jahren in Bremen lebt, heute nicht mitwählen dürfen, wenn er doch demnächst durch den EU-Beitritt seines Landes ein Wahlrecht bekommt?

Zweitens: Den Satz des Grundgesetzes „Die Staatsgewalt geht vom Volk aus“ muss man nicht als Satz über Ausschluss oder Einschluss interpretieren, sondern man sollte ihn lesen als Satz über das Prinzip der Volkssouveränität, als einen weiteren Satz über Demokratie. Demokratie ist, wie der Gutachter Prof. Preuß ausgeführt hat, keine „Regel“, sondern ein rechtliches Prinzip, das der Logik der Angemessenheit folgt: Ihre Auslegung und Ausprägung ist Sache eines lebendigen

politischen Prozesses. Deswegen haben auch die Länder im föderalen Gefüge das Recht, eigene Ausprägungen des demokratischen Prinzips zu entwickeln; das Grundgesetz formuliert ein Minimum an Teilhabe, nicht eine Grenze. Gesellschaftliche Vorstellungen über die Ausgestaltung der Demokratie ändern sich, das war in den vergangenen zwanzig Jahren in wesentlichen Punkten der Fall.

Der Parlamentsausschuss hat aus diesen grundsätzlichen Erwägungen, untermauert von Stellungnahmen gesellschaftlicher Organisationen in Bremen – vom Rat für Migration bis zum Diplomatischen Korps – und ermutigt durch Berichte aus anderen EU-Mitgliedsländern, der Bürgerschaft den Vorschlag unterbreitet, nicht die Landesverfassung zu ändern, sondern sie zeitgemäßer und moderner zu interpretieren und auf der Grundlage dieser neuen Interpretation das Wahlrecht auszuweiten: EU-BürgerInnen sollen auch den Landtag wählen, Drittstaatler die unterste kommunale Ebene. Die große Mehrheit der Bürgerschaft ist diesem Vorschlag gefolgt. Da wir aber um die verfassungsrechtliche Bedeutung dieser Änderung wissen, haben wir nach der ersten Lesung des Wahlrechtsgesetzes den Bremischen Staatsgerichtshof gebeten, eine Überprüfung dieses neuen Gesetzes mit der Landesverfassung vorzunehmen.

Wenn auch der Staatsgerichtshof zu der Überzeugung kommen sollte, dass die Zeit für eine grundsätzliche Überprüfung reif ist, dann wird er die Angelegenheit vermutlich dem Bundesverfassungsgericht vorlegen. Dann wird es darauf ankommen, dass auch andere Länder und dass vor allem gesellschaftliche Organisationen wie die Europa-Union deutlich machen, dass europäische Integration und mehr Demokratie vor Ort zwei Seiten einer Medaille sind.

*Dr. Hermann Kuhn MdBB*

*(Der Autor ist Vorsitzender des Europa-Union Landesverbandes Bremen, Mitglied der Bremischen Bürgerschaft für Bündnis 90/Die Grünen und Vorsitzender des Parlamentsausschusses „Ausweitung des Wahlrechts“.)*

## Im „Jahr der Unionbürgerschaft“ den Fokus auf Europäische Grundrechte legen

Das Jahr 2013 steht unter dem Motto „Europäisches Jahr der Unionsbürgerschaft“ und bietet somit die Gelegenheit, die Aufmerksamkeit der breiteren Öffentlichkeit verstärkt in Richtung Grund- und Bürgerrechte in der Europäischen Union zu lenken. Die andauernden Debatten um Finanz-, Banken- und Eurokrise haben wichtige Fragen nach einem demokratischen Miteinander und der zukünftigen Ausgestaltung einer Europäischen Bürgergesellschaft in den Hintergrund treten lassen. Dieses Jahr bietet nun die Gelegenheit zu überprüfen und zu diskutieren, wie die Chancen der Unionsbürgerschaft genutzt wurden und welche Aufgaben noch zu erfüllen sind.

### GROSSE FORTSCHRITTE, ABER AUCH BESORGNISERREGENDE DEFIZITE

Mit der Einführung der Unionsbürgerschaft ist die EU einen bedeutsamen Schritt in Richtung „transnationale Gleichheit“ (Ulrich Haltern: Das Janusgesicht der Unionsbürgerschaft. 2005) gegangen. Unbestritten nimmt die Achtung der Grund- und Bürgerrechte, die durch die Unionsbürgerschaft allen Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union zugesichert sind, in der Politik der EU einen großen Stellenwert ein. Vor allem auf der strukturellen und der juristischen Ebene wurden wegweisende Schritte vollbracht; insbesondere die Aufnahme der Grundrechte ins Primärrecht und die Gründung der Europäischen Grundrechteagentur, die nicht zuletzt auf Rechtsverletzungen und Missstände aufmerksam macht und diese aufarbeitet, zeigen dies auf. Und doch, bei genauer Analyse zur Achtung von Grundrechten in den EU-Mitgliedstaaten sind besorgniserregende Defizite festzustellen (vgl. Bericht der Grundrechteagentur 2012). Bei der Diskussion um die Errungenschaften der Unionsbürgerschaft ist es deshalb notwendig zu berücksichtigen, dass europäische Grund- und Bürgerrechte durch die Konzeption der Unionsbürgerschaft unterschiedlich wirken.

### WO EINERSEITS FREIHEITEN ENTSTEHEN, NEHMEN EINSCHRÄNKUNGEN AUF DER ANDEREN SEITE ZU.

Die derzeitige Ausgestaltung der Unionsbürgerschaft gewährt weitgehende Bürgerrechte denjenigen, die als „zugehörig“ gelten und verwehrt sie anderen, die als „nicht-zugehörig“ betrachtet werden, teilt in „innen“ und „außen“, teilt in „Wir“ und „die Anderen“. Das Konzept der Unionsbürgerschaft – abgeleitet aus der Idee der Staatsbürgerschaft – führt leider das exklusive Verständnis einer Zugehörigkeit aufgrund von Identität fort. Ist die Idee der Erweiterung der nationalstaatlichen Zugehörigkeit als großer Fortschritt zu betrachten, wird doch der Gedanke der Unionsbürgerschaft nicht kon-



Bild: Henrike Müller

sequent zu Ende gedacht. Denn wo einerseits Freiheiten entstehen, nehmen Einschränkungen auf der anderen Seite zu: außerhalb der EU-Grenzen für sogenannte Drittstaatsangehörige – ob auf dem Arbeitsmarkt, im Bildungsbereich, Wahlrecht oder in der irregulären Migrationspolitik. Diese Logik der Unterscheidung mit all ihren zusammenhängenden Folgen wurde in den letzten Jahren immer deutlicher und entsprechend kritische Stimmen lauter.

### HOHE EUROPÄISCHE STANDARDS KÖNNEN WEGWEISEND AUF DIE MITGLIEDSTAATEN WIRKEN.

„Mehr Europa“ – obgleich dieser Anspruch nahezu inflationär benutzt wird – ist unter der Berücksichtigung der oben beschriebenen Problematiken eine zentrale Perspektive für einen erweiterten Grundrechtenschutz für Menschen, die in Europa leben. Festzustellen ist doch, dass die Defizite hinsichtlich der Wahrung der Gleichheits- und Freiheitsrechte primär bei den Nationalstaaten liegen. Höhere Standards auf supranationaler Ebene könnten wegweisend auf die Mitgliedstaaten wirken. Bisher haben bereits in vielen Bereichen wie Arbeitnehmerrechte oder Antidiskriminierungspolitik hohe europäische Standards zu maßgeblichen Verbesserungen in den Mitgliedstaaten geführt. Europäische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger sowie Zivilgesellschaften sind deshalb angehalten, verstärkt für die Achtung der Grundrechte und die Ausweitung der Bürgerrechte in Europa einzutreten. Hierzu gehört auch, sich wieder stärker Themen wie Rassismusbekämpfung und Minderheitenschutz zuzuwenden und Perspektiven für ein Europa aufzuzeigen, welches den „Raum der Freiheit, Sicherheit und des Rechts“ allen in Europa lebenden Menschen zu gewähren in der Lage ist. Das Jahr der Unionsbürgerschaft bietet die Gelegenheit, sich auf die demokratischen und freiheitlichen Fundamente Europas zu besinnen und die notwendigen Schritte hin zu einem solidarischen, gerechten und verantwortungsbewussten Europa zu gehen.

Dr. Henrike Müller

(Die Autorin ist Geschäftsführerin der Europa-Union Bremen und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Europastudien der Universität Bremen.)



## Europa föderal – Das ist unsere Wahl

**130** Europäer in blauen T-Shirts – zahllose La-Ola im leeren Plenarsaal des Europäischen Parlaments – dutzende Experten – 5 Tage Workshops, Aktionen und Party – 2 Finanzminister im Dialog – 2 Demos – 2 Städte – 1 internationales Seminar ...

Seit 50 Jahren besteht der Freundschaftsvertrag zwischen Deutschland und Frankreich. Eine gute Gelegenheit, darüber nachzudenken, wohin uns die deutsch-französische Freundschaft führen soll. Ist sie das Sprungbrett für ein föderales Europa? Eine gute Gelegenheit auch – dachten sich die Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) Frankreich – das jährliche internationale Paris-Seminar diesmal gemeinsam mit der JEF Deutschland und der JEF Baden-Württemberg grenzüberschreitend in Straßburg und Stuttgart abzuhalten.

In seiner deutschsprachigen Eröffnungsrede zu dem 5-tägigen Seminar unterstrich der Präsident der JEF Frankreich, Aurélien Caron, dass die deutsch-französischen Beziehungen nur noch im gesamteuropäischen Kontext gedacht werden können. Eine weitere Festigung und Vertiefung der 50 Jahre währenden Freundschaft könne so nur noch im Rahmen der EU erfolgen. Zugleich komme gerade unseren beiden Staaten eine besondere Verantwortung für die weitere Gestaltung der europäischen Integration zu. Diese Zukunft könne nur ein europäischer Bundesstaat sein.

Der nächste Tag stand ganz im Zeichen des vorläufigen Höhepunkts des Seminars: Eine morgendliche Diskussionsrunde mit dem deutschen Finanzminister Wolfgang Schäuble und seinem französischen Amtskollegen Pierre Moscovici an der Straßburger Verwaltungs-Kaderschmiede ENA (École Nationale d'Administration). Beide Minister betonten die Bedeutung Deutschlands und Frankreichs für die Zukunft Europas als auch die Bedeutung Europas für die deutsch-französische Freundschaft. Sie zeigten sich beeindruckt vom Engagement der Jungen Europäischen Föderalisten und drückten ihre Unterstützung für das Fernziel eines europäischen Bundesstaats aus.

Uneinigkeit bestand allerdings hinsichtlich der Frage, wann die notwendigen institutionellen Veränderungen angestrebt werden sollen. Während Schäuble erst nach der Lösung der derzeitigen Krise über Vertragsänderungen sprechen möchte, drückten die anwesenden JEFer ihre Überzeugung aus, dass die deutsche und französische Regierung bereits jetzt – parallel zum Krisenmanagement – in der Pflicht stehen, eine breite Debatte über die Zukunft Europas anzustoßen.

Wie eine solche föderale Zukunft Europas im Detail aussehen kann, wurde am Nachmittag und dem darauffolgenden Tag in zahlreichen multinationalen und -lingualen Workshops diskutiert und dabei einige Konzeptpapiere erarbeitet. So wurden etwa ein gemeinsamer europäischer Finanzminister und eine gemeinsame europäische Armee als erste Schritte gefordert. Zudem wurden Konzepte für die anstehende Europawahl erarbeitet und Best-Practice-Modelle ausgetauscht.

Die Straßburger Tage fanden schließlich am Samstagmorgen mit einer lautstarken und euphorischen Demonstration durch die Innenstadt ihren Abschluss. Hier konnten sich die weniger demonstriererfahrenen deutschen JEFer noch einige Anregungen und ausreichend Begeisterung für die für den Nachmittag in Stuttgart vorgesehene Demonstration mitnehmen.

Tatsächlich boten die nun rund 110 JEFer gemeinsam mit Rainer Wieland, dem Präsidenten der Europa-Union Deutschland, den Stuttgartern auf der Königstraße ein ungewohntes Bild: Begeistert geschwungene Europafahnen, inbrünstig gesungene europäische Hymnen sowie die Parolen „Qu'est-ce



Die Teilnehmer des deutsch-französischen Seminars im Straßburger EP-Gebäude  
Bild: Inga Wachsmann

qu'on veut? – L'Europe fédérale!" und „Europa föderal – das ist unsere Wahl!" ließen keine Fragen offen.

Nach einem Tag voller Street Campaigning in zwei Städten hatten sich die Teilnehmer und Teilnehmerinnen am Abend den Empfang im baden-württembergischen Landtag bei besten Maultaschen und Kartoffelsalat auf Einladung des Landtagspräsidenten Wolf redlich verdient.

Als die JEFer am Sonntag dann nach den abschließenden Arbeitsgruppen im Stuttgarter Rathaus mit herzlichen Verabschiedungen auseinandergingen, war klar: Das gemeinsame Ziel des europäischen Bundesstaats muss jedenfalls an vermeintlichen sprachlichen Hürden nicht scheitern!

Denn wie der deutsche Mitorganisator Sebastian Seeger bereits in seiner französischen Begrüßungsrede betont hatte: „Allein und mit seiner eigenen Sprache zu arbeiten, das mag manchmal leichter sein. Die wirklich großen Erfolge erreicht man aber nur zusammen!"

*Christopher Glück*

*(Der Autor ist stellvertretender Landesvorsitzender der Jungen Europäer – JEF Baden-Württemberg.)*



## Res publica ist, was Europa im Kern ausmacht

### UEF-Bundeskomitee tagte in Brüssel

Ulrike Guérot, Mitglied im Vorstand der Berliner Europa-Professionell Gruppe und Leiterin des Berliner Büros des „European Council on Foreign Relations“, war jüngst zu Gast beim Bundeskomitee des Dachverbandes der Europa-Union, der Union Europäischer Föderalisten (UEF). Im inhaltlichen Austausch mit den Vertretern aus über 25 UEF-Mitgliedsverbänden vertrat sie ihre Version einer Vision von einem verfassten föderalen Europa.

Ihr Hauptkritikpunkt am heute bestehenden EU-System ist die mangelnde demokratische Legitimation und Bürgerbezogenheit. „Der Vorwurf, die Regierenden in der EU hätten den Kontakt zu ihren Bürgern verloren, stimmt nicht! Sie hatten ihn nie“, betonte Guérot in ihren Ausführungen vor den rund 80 Delegierten und Gästen. „Darum braucht Euroland eine transnationale Demokratie: eine europäische Republik mit gleichen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechten und Regeln für alle. Das politische System Europas kann sich nicht mehr lange um diese Frage herumdrücken, wenn es demokratisch und sozial bleiben will.“ Aller-

dings sei dies nicht mehr mit der alten Idee der „Vereinigten Staaten von Europa“ verbunden, wo man auf Europa das habe übertragen wollen, was man in Amerika durch gewaltsames Erringen von Territorium als Vereinigte Staaten von Amerika geschaffen habe. Vielmehr müsse die Europäische Union zu einer echten europäischen Republik weiterentwickelt werden. Auch Guérot plädierte für einen baldigen Konvent, der die Basis dafür schaffen solle. Viel Beifall erhielt die anerkannte Europaexpertin für ihre den europäischen Föderalisten so nahen Thesen. (Die vollständige Rede ist als Audiodatei abrufbar über den Link <http://www.federalists.eu/media/gallery/audio/>.)

Die Hauptberatungsgegenstände der inhaltlichen Debatte des UEF-Bundeskomitees waren der von Präsident Andrew Duff MEP eingebrachte Entwurf eines „Fundamental Law“ (Grundgesetz) und der Entwurf eines neuen Manifestes der UEF. Beide sollen beim kommenden UEF-Kongress in Berlin beschlossen werden. Ferner wurde eine Resolution zur Verteidigungspolitik debattiert und verabschiedet.



Das Auditorium verfolgte gebannt die Ausführungen von Dr. Ulrike Guérot. Bild: EUD

Sehr erfreulich war die Entscheidung, die Kandidatensektionen Montenegro und Litauen als Vollmitglieder in die UEF aufzunehmen. Die spanische Kandidatensektion Horitzó Europa berichtete über den Zwischenstand ihrer Entwicklung.

Der kommende UEF-Kongress wird vom 15. bis 17. November 2013 in Berlin stattfinden. Aktuelle Informationen zur UEF sind jederzeit erhältlich über die Homepage [www.federalists.eu](http://www.federalists.eu).

## Partner für deutsch-italienischen Austausch gesucht

Europa ist nicht nur die große Politik. Europa lebt von der Begegnung, von seinen vielfältigen zivilgesellschaftlichen Beziehungen und Netzwerken, vom Austausch seiner Bürgerinnen und Bürger. Um diesen Austausch zu intensivieren, rufen Europa-Union Deutschland und Movimento Federalista Europeo (MFE) ihre Sektionen dazu auf, grenzüberschreitende Partnerschaften mit ihren jeweiligen Schwesterverbänden in Italien bzw. Deutschland einzugehen und gemeinsame Projekte durchzuführen.

- Wir suchen lokale Gruppen, Orts- und Kreisverbände in Deutschland und Italien, die an einem deutsch-italienischen Austausch interessiert sind, einander kennen lernen und besuchen, miteinander vor Ort für die europäische Idee zusammenarbeiten wollen.
- Wer eine Partnerschaft sucht, kann sich unter Angabe von Ansprechpartnern und Kontaktdaten bei der Europa-Union melden. Möglicherweise kann ein solcher Austausch auch im Rahmen einer schon bestehenden Städtepartnerschaft erfolgen. Auf diese Weise könnten bereits bestehende städtepartnerschaftliche Strukturen und Kanäle für die gemeinsame föderalistische Sache nutzbar werden.
- Wir veröffentlichen die Gesuche auf unseren Webseiten und unterstützen bei der Partnersuche. Die Organisation der Begegnungen liegt bei den jeweiligen lokalen Gliederungen.

Kontakt: Europa-Union Deutschland,  
Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin,  
Tel. (030) 303 62 01 30,  
E-Mail: [info@europa-union.de](mailto:info@europa-union.de)





# EUD-Sommerakademie am 29. und 30. Juni in Gießen

## Informieren – Diskutieren – Trainieren

Ende Juni ist es wieder so weit. Die Sommer-Akademie der Europa-Union geht in die 2. Runde. Am 29. und 30. Juni bieten wir Mitgliedern von EUD und JEF sowie allen Interessierten an zwei Tagen in Gießen ein vielfältiges Programm mit spannenden europapolitischen Themen und praktischen Tipps zur Verbandsarbeit.

In der Arbeitsgruppe „Bürgerrechte“ wird es passend zum Europäischen Jahr der Uni-onbürgerschaft um die Stärkung der Rechte der EU-Bürger gehen. Im Blickpunkt stehen u.a. Strategien, wie wir unsere Forderung nach einer Ausweitung des Wahlrechts zum Bundestag und den Landtagen auf alle Uni-onbürger mit permanentem Wohnsitz in Deutschland verwirklichen können. Die AG „Europa-Pädagogik“ wird sich mit der Verbesserung der Vermittlung des Themas Europa in der schulischen und außerschulischen Bildung befassen. Inhalte einer dritten AG sind Vereins- und Finanzmanagement: Wie funktioniert das neue Mitgliederverwaltungssystem? Was muss ich bei der SEPA-Umstellung 2014 für

den Beitragseinzug beachten? Wie sieht eine korrekte Vereinsbuchführung aus? Antworten auf diese und weitere praktischen Fragen zur Verbandsarbeit bietet dieser Workshop.

In allen drei Arbeitsgruppen stehen Experten als Referenten und kompetente Gesprächspartner Rede und Antwort. Am Sonntagvormittag wird der Kommunikationstrainer Wolfgang Nafroth in einem Workshop neue Aktionsformen und Strategien zur Mitgliedergewinnung vorstellen und Tipps für eine gelungene Öffentlichkeitsarbeit geben.

Die Teilnahme an der 2. EUD-Akademie am 29./30. Juni in Gießen inklusive Verpflegung ist für EUD- und JEF-Mitglieder kostenlos. Reisekosten können nicht erstattet werden. Für nähere Informationen und Anmeldungen können sich Interessierte an die EUD-Bundesgeschäftsstelle wenden: E-Mail: [info@europa-union.de](mailto:info@europa-union.de); Tel. (030) 3 03 62 01 30. Online Anmeldungen sind auch über die Website möglich: <http://www.europa-union.de/aktivitaeten/veranstaltungen/eud-akademie-2013/>



Das Präsidium der Europa-Union Deutschland ist am 19. April auf Einladung von Staatsminister Michael Link (im Bild links mit EUD-Generalsekretär Christian Moos) im Auswärtigen Amt zusammengekommen, um mit dem für Europafragen zuständigen Staatsminister über aktuelle Aspekte der Europapolitik zu diskutieren. Trotz einer turbulenten Sitzungswoche mit einer aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag und Sitzungspräsenz im Plenum hatte es sich Michael Link nicht nehmen lassen, wenigstens für eine knappe Stunde an der Präsidiumssitzung teilzunehmen. Wenn es die Europa-Union nicht gebe, müsse man sie erfinden, so Link. Die EUD sei die einzige funktionierende überparteiliche politische Organisation, die sich anders als etwa das DRK oder Amnesty International nicht nur auf einen Bereich konzentriere. Ungeachtet des engen Zeitrahmens konnten Themen wie Zypern, Serbien/Kosovo, Montenegro, die Beitrittsreife Kroatiens und Perspektiven der Umsetzbarkeit von Vertragsänderungen angesprochen werden.

Bild: Marco Schwarz

Noch kein Mitglied bei der Europa-Union Deutschland? Dann werden Sie es jetzt!

Als Mitglied erhalten Sie Einladungen zu Veranstaltungen, Informationsmaterialien und unsere Mitgliedszeitung „Europa aktiv“.

Knüpfen Sie bundes- und europaweite Kontakte zu anderen engagierten Bürgern in unserem europaweiten Netzwerk. Gestalten Sie Europa durch Ihre Mitarbeit vor Ort und bestimmen Sie den europäischen Kurs mit!

Ich möchte Mitglied der EUROPA-UNION Deutschland werden.

Zudem erwerbe ich (ohne Mehrkosten) die Mitgliedschaft bei den Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) bis zum 35. Lebensjahr.

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Wohnort

Telefon

Fax

E-Mail

Beruf

Geburtsdatum

Ich zahle einen monatlichen Mitgliedsbeitrag von ..... € (Selbsteinschätzung).

Der Mitgliedsbeitrag wird gemäß der geltenden Beitragsordnung der LV erhoben und beträgt derzeit mindestens 4,00 € monatlich (ermäßigt 2,00 €).

Ich ermächtige die Europa-Union bis auf Widerruf, den Mitgliedsbeitrag per Lastschrift einzuziehen.

Konto-Nr.:

Geldinstitut:

BLZ:

Ich möchte die Mitgliederzeitung „Europa aktiv“ ausschließlich als Online-Ausgabe an die o.g. E-Mail-Adresse gesendet bekommen.

Die hier erhobenen personenbezogenen Daten werden entsprechend Bundesdatenschutzgesetz § 28 (9)\* von der Europa-Union Deutschland und ihren Untergliederungen (bei Mitgliedern unter 35 Jahren auch von der JEF Deutschland und ihren Untergliederungen) ausschließlich für interne Vereinszwecke, insbesondere für die Mitgliederverwaltung, -information und -betreuung elektronisch gespeichert, verarbeitet und genutzt.

Ort, Datum

Unterschrift

\*BDSG § 28(9): Organisationen, die politisch, philosophisch, religiös oder gewerkschaftlich ausgerichtet sind und keinen Erwerbszweck verfolgen, dürfen besondere Arten personenbezogener Daten (§ 3 Abs. 9) erheben, verarbeiten oder nutzen, soweit dies für die Tätigkeit der Organisation erforderlich ist. Dies gilt nur für personenbezogene Daten ihrer Mitglieder oder von Personen, die im Zusammenhang mit deren Tätigkeit zweck regelmäßig Kontakte mit ihr unterhalten [...]

Bitte senden an:

**EUROPA-UNION Deutschland**  
Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin  
Fax: (030) 3 03 62 01 39

## Schleswig-Holstein

### Sie haben keine Wahl ...

Seit vierzehn Jahren wohnt Carlos A. aus Barcelona mit seiner deutschen Frau Simone in Norderstedt. Er arbeitet als IT-Fachmann bei einer Versicherung in Hamburg. Ihre Tochter Luisa wechselt zum nächsten Schuljahr aufs Gymnasium, während ihr Sohn Daniel noch einen Kindergarten besucht.

Ioannis H. betreibt zusammen mit seiner Frau Efgenia seit 21 Jahren ein Lokal in Ostholstein. Ihre Tochter Daphne macht demnächst das Abitur und will in Kiel Germanistik studieren.

Sie wohnen seit Jahren in unserer Nachbarschaft. Sie arbeiten hier, zahlen ihre Steuern und Sozialabgaben. Sie engagieren sich in Schullehrerbeiräten, in Vereinen und Verbänden. Die Kinder besuchen hier die Kitas, Schulen oder Hochschulen. Sie sind ohne Zweifel Schleswig-Holsteiner. Aber eines unterscheidet sie: Als Inhaber einer Staatsbürgerschaft eines anderen EU-Mitgliedstaates sind sie keine Deutschen.

Wenn im Mai nächsten Jahres in Schleswig-Holstein Kommunalwahlen sind, dürfen sie mitentscheiden und können dort auch selbst politische Verantwortung übernehmen. Dagegen werden sie wenige Monate später im Herbst zur Bundestagswahl und in viereinhalb Jahren zur Landtagswahl vergeblich in ihrem Briefkasten nach einer Wahlbenachrichtigung suchen. Sie haben keine Wahl!

Auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet sind alle Menschen aus der EU mit festem Wohnsitz in einem EU-Mitgliedstaat weitgehend den Bürgerinnen und Bürgern ihres Gastlandes gleichgestellt. Ihre politischen Rechte in der Bundesrepublik Deutschland sind dagegen auf die Gemeinde- und Kreistagswahlen beschränkt. Sie haben daher keinen direkten Einfluss auf viele wesentliche Entscheidungen, die ihr Leben unmittelbar berühren, wie z. B. die Sozial- und Steuergesetzgebung, die Gesundheits- oder Hochschulpolitik.

Immer wieder wird beteuert, wie wichtig ein „Europa ohne Grenzen“ ist und dass die Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit die wichtigsten Errungenschaften der Europäischen Union sind. Politisch wird von nahezu allen Parteien gefordert, dass die Europäische Union weiter zusammenwächst. Als Folge der EURO-Krise wird im Bundestag und in den Landtagen engagiert diskutiert, dass die Währungsunion dringend um eine echte Wirtschafts- und Sozialunion ergänzt werden muss.

Die Europa-Union Deutschland hat daher auf ihrem 58. Bundeskongress beschlossen, dass es an der Zeit ist, dass Bürgerinnen und Bürger aus den EU-Mitgliedstaaten, die seit mindestens zwei Jahren ihren ständigen Wohnsitz in Deutschland haben, zum Bundestag und zu den Landtagen wahlberechtigt und wählbar werden.

Die Europa-Union Schleswig-Holstein hat dazu die Initiative ergriffen und in einem Schreiben an die Fraktionsvorsitzenden des schleswig-holsteinischen Landtags darum gebeten, dass der Landtag als Gesetzgeber tätig wird und das Landeswahlgesetz entsprechend ändert. Wir wissen, dass ein solcher Schritt verfassungsrechtlich umstritten ist. Der schleswig-holsteinische Landtag hatte 1989 das kommunale Wahlrecht für Bürgerinnen und Bürger aus Dänemark, Irland, Niederlande, Norwegen, Schweden und der Schweiz eingeführt, die sich seit mindestens fünf Jahren in Deutschland aufhielten. Doch das Bundesverfassungsgericht erklärte diese schleswig-holsteinische Gesetzesänderung für nichtig. Trotzdem war diese Entscheidung des schleswig-holsteinischen Landtags zukunftsweisend. Denn: Kurz darauf wurde durch den Vertrag von Maastricht im Jahre 1992 die Unionsbürgerschaft eingeführt, die jede Bürgerin und jeder Bürger zusätzlich zur Staatsbürgerschaft eines EU-Mitgliedstaates erhält. Der Vertrag von Lissabon bekräftigte dies 2009 noch einmal. Durch die Unionsbürgerschaft erhielten alle Personen in der EU das kommunale Wahlrecht und das Wahlrecht zum Europaparlament. Das Grundgesetz wurde entsprechend geändert. Insoweit hat sich in den letzten zwanzig Jahren vieles in Europa rechtlich und tatsächlich verändert.



*Uwe Döring ist ehemaliger Justiz- und Europaminister und aktuell Landesvorsitzender der Europa-Union Schleswig-Holstein.*

*Bild: EUD Schleswig-Holstein*

Daher müssen die Leitsätze aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1990 verfassungsrechtlich auch neu bewertet werden. Die Kernfrage ist dabei, ob das Volk, das die Parlamente wählt, ausschließlich die „Deutschen im Sinne des Grundgesetzes“ bilden oder ob die gelebte Wirklichkeit nicht längst auch diejenigen umfasst, die lange mit uns hier leben und durch die Unionsbürgerschaft besonders mit uns verbunden sind. Dann müssen wir die gesetzlichen Grundlagen entsprechend ändern. Diese politische Diskussion wird auch in anderen Ländern, wie z. B. Bremen und Thüringen geführt. Aber Schleswig-Holstein war schon einmal so mutig, einen Vorstoß zu unternehmen.

Lassen Sie uns dazu erneut in Schleswig-Holstein ein europaweites Vorbild sein und rechtlichen Grundlagen für ein so erweitertes Wahlrecht zum Landtag schaffen. Gleichzeitig müsste Schleswig-Holstein im Bundesrat initiativ für eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes werden. Dann könnten unsere Nachbarn Carlos, Ioannis, Efgenia und Daphne bei der nächsten Wahl zum Landtag und Bundestag endlich mitentscheiden. Auch sie hätten die Wahl!

*Uwe Döring*

*Verantwortlich: Henrike Menze*



## Nordrhein–Westfalen

### Europaaktive Kommunen ausgezeichnet

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hat 25 Städten und Kreisen in Nordrhein–Westfalen die Auszeichnung „Europaaktive Kommune in Nordrhein–Westfalen“ verliehen. In einer Feierstunde im Düsseldorfer Museum Kunstpalast erhielten die Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen ihre Urkunden. Ministerpräsidentin Kraft: „Die 25 Städte und Gemeinden zeichnen sich durch ihr besonderes kommunales Europa-Engagement aus. Mich hat beeindruckt, wie praxisnah und alltagstauglich der europäische Gedanke in diesen Kommunen gelebt wird.“



Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (r.) überreicht an die Vertreter von Leverkusen Urkunde und Plakette.  
Bild: Bernd Hegert

Ausgezeichnet wurden die Kreise Lippe, Steinfurt, Rhein-Sieg, der Rhein-Kreis Neuss und die Städteregion Aachen, die kreisfreien Städte Aachen, Bonn, Essen, Hagen, Köln und Leverkusen sowie die kreisangehörigen Städte und Gemeinden Brilon, Detmold, Eschweiler, Gütersloh, Herten, Herzogenrath, Iserlohn, Lünen, Paderborn, Rheine, Unna, Versmold, Warstein und Wassenberg.

Europaministerin Dr. Angelica Schwall-Düren sagte: „Die Kommunen spielen eine entscheidende Rolle auf dem Weg in ein Europa der Bürgerinnen und Bürger. Je mehr Kommunen sich so intensiv und qualifiziert wie die ausgezeichneten 25 mit dem Thema Europa auseinandersetzen, desto deutlicher wird die Stimme der kommunalen Ebene in Europa gehört werden.“

Die Landesregierung vergibt die undotierte Auszeichnung in diesem Jahr zum ersten Mal. Sie wurde von der Landesregierung gemeinsam mit der regionalen Vertretung der Europäischen Kommission in Bonn und der Bertelsmann Stiftung entwickelt und wird künftig jährlich vergeben. Stichtag für die Bewerbungen ist jeweils der 9. Mai. Die ausgezeichneten Kommunen erhalten eine Urkunde sowie eine Plakette, die an einem öffentlich sichtbaren Ort angebracht werden kann. „In einer Reihe der ausgezeichneten Städte haben sicherlich auch aktive Verbände der Europa-Union zum Gelingen beigetragen“, freute sich EUD-Landesvorsitzender und Staatsminister a. D. Wolfram Kuschke.

Eine Jury bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der kommunalen Spitzenverbände, des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), der Vertretung der Europäischen Kommission in Bonn und der Landesregierung hatte das Europa-Engagement der Kommunen bewertet, die sich um die Auszeichnung beworben hatten. Die Kriterien der Jury und gute Beispiele der praktischen kommunalen Europaarbeit sind auf dem Portal [www.europaaktivekommune.nrw.de](http://www.europaaktivekommune.nrw.de) veröffentlicht.

### Monheim

### Besondere Ehrung

Ingeborg Friebe, Ehrenbürgermeisterin von Monheim und Landtagspräsidentin a. D., ist seit 60 Jahren Mitglied der Europa-Union Deutschland und hat sich in diesem Zeitraum für die Einheit Europas in hohem Maße engagiert. Der Landesverband ehrte Ingeborg Friebe in Anerkennung ihrer großen Verdienste um ein geeintes Europa



(v.l.n.r.) Ingeborg Friebe, Dr. Hans-Georg Meyer, Manfred Klein, Landtagspräsidentin Carina Gödecke  
Bild: EUD Monheim

in einer Feierstunde durch Verleihung der Europa-Union-Medaille, einer der höchsten Auszeichnungen des Verbandes. In der Laudatio würdigte die amtierende Landtagspräsidentin Carina Gödecke MdL die Leistungen und das Engagement von Ingeborg Friebe. Aus den Händen des stellvertretenden Landesvorsitzenden Dr. Hans-Georg Meyer und des Kreisvorsitzenden Manfred Klein nahm sie sichtlich gerührt die Auszeichnung entgegen. Zu den ersten Gratulanten aus den Reihen der zahlreich erschienenen Gäste zählte Bürgermeister Daniel Zimmermann.

### Bonn/Rhein-Sieg

### Nobelpreis ist Ansporn

Das Euro Theater Central in der Bonner Innenstadt platzte beim Neujahrsempfang des Kreisverbandes fast aus den Nähten. Zahlreiche Mitglieder und Freunde waren der Einladung des Vorsitzenden Axel Voss MdEP gefolgt. An Prominenz begrüßen konnte er u. a. Ruth Hieronymi (ehemals MdEP und jetzige Vorsitzende des WDR-Rundfunkrats), Dr. Stephan Koppelberg (Leiter der regionalen Vertretung der Europäischen Kommission in Bonn) und Bonns Alt-Oberbürgermeister Hans Daniels. Voss würdigte, dass die Europäische Union für die Friedenssicherung und Völkerverständigung mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurde. „Ich bin stolz darauf, dass wir als Europa-Union unseren Teil dazu beigetragen haben. Dies sollte uns Ansporn sein, unsere Arbeit intensiv fortzuführen.“

Verantwortlich: Kirsten Eink

## Thüringen

### Die Bundesausschuss- Tagung von EUD und JEF aus Thüringer Sicht

In den Berliner Räumlichkeiten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) fand Anfang Februar die Bundesausschuss-Tagung von EUD und JEF statt. In verschiedenen Arbeitsgruppen konnten sich die Mitglieder des Bundesverbandes und Delegierte sowie Vertreter der Landesverbände zu relevanten europäischen Fragestellungen austauschen: Gemeinsame Aktionen mit dem italienischen Partnerverband MFE wurden ebenso diskutiert wie Schritte zur Stärkung der Wahlrechte der



Landesvorstandsrunde: (v. l. n. r.) Claudia Müller-Conen, Gabi Kalb, Mario Pohle, Jürgen Radtke, Klaus Kessler



EUD-Präsident Rainer Wieland MdEP mit Landesvorstandsratsmitglied Claudia Müller-Conen beim Bundesausschuss in Berlin

Bilder: EUD Thüringen

EU-Bürger und die Frage, wie Europa an den Schulen eine stärkere Implementierung erfahren kann. Die Profilschärfung der EUD muss mit Blick auf die Mitgliederentwicklung, die Verbandskultur und -struktur stärker im Fokus künftiger Strategieüberlegungen stehen. Auch der Landesverband Thüringen brachte sich engagiert in die Debatte ein. Die Verabschiedung der neuen Finanz- und Beitragsordnung des Verbandes wird aus Thüringer Sicht als sehr positiv bewertet: Bietet sie doch eine gute Grundlage für die weitere Arbeit auf allen Verbandsebenen.

## Jahresbilanz

Der Landesverband Thüringen ist im Vergleich zu anderen Landesverbänden der EUD

ein recht kleiner Verband. Vor gut einem Jahr wählten die Mitglieder einen neuen Vorstand. Dieser stand vor zahlreichen Herausforderungen: So musste sich eine komplett neue Mannschaft zusammenfinden, im Bereich der Mitgliederwerbung und -betreuung (v. a. in der Fläche) bestand erheblicher Nachholbedarf, Defizite in der konzeptionellen Ausrichtung und Organisationsstruktur des Verbandes mussten beseitigt und die Kommunikation mit politischen Entscheidungsträgern intensiviert werden, insbesondere um dem mangelnden Bekanntheitsgrad der Europa-Union in Thüringen entgegenzuwirken. Wie andere Landesverbände (v. a. in den jungen Bundesländern) hat auch der Landesverband Thüringen zu kämpfen mit (zu) wenigen ehrenamtlich engagierten aktiven Unterstützern und einem geringen Beitrags- und Spendenaufkommen.

Unter dem Vorsitz von Gabi Kalb konnte der Landesverband im Laufe der zurückliegenden Monate schon zahlreiche Erfolge verbuchen: Die Mitgliederzahl stieg um mehr als 20 Prozent. Durch verschiedene Veranstaltungen konnte die Wahrnehmung der Europa-Union an den Thüringer Schulen, aber auch in der Öffentlichkeit gesteigert werden. Die Nähe zu den politischen Entscheidungsträgern des Freistaates konnte ausgebaut und die Öffentlichkeitsarbeit des Landesverbandes verbessert werden. Ein erster Schritt in die richtige Richtung wurde getan. Landesvorsitzende Gabi Kalb hat trotz der guten

Jahresbilanz noch viel vor: „Wir halten weiter an unserem Kurs fest und arbeiten daran, dass die Europa-Union in Thüringen noch bekannter wird. Dazu müssen wir die Vorteile und Chancen, die ein geeintes friedliches Europa den Bürgern bietet, noch deutlicher in den Vordergrund stellen.“

Für 2013 hat sich der Vorstand große Ziele gesetzt: Die Verbandsorganisation wird – ebenso wie die Öffentlichkeitsarbeit – kontinuierlich strukturiert und weiter ausgebaut. Spezielle Veranstaltungen für bzw. in Schulen sind in Planung, beispielsweise eine Schulexkursion zur EZB nach Frankfurt. Der Kontakt zu den Thüringer Universitäten soll – auch in Kooperation mit der JEF Thüringen – intensiviert werden. Das Straßenforum „Europa mitBestimmen“ und verschiedene weitere Aktionen, nicht zuletzt im Rahmen der Europawoche, werden die Vorteile Europas den Thüringer Bürgern näher bringen. Besonders freut die Mitglieder des Landesvorstandes die Nähe zur Staatskanzlei Thüringen: So wird nicht nur an einer gemeinsamen Veranstaltung für Juni gearbeitet, auch räumlich rückt die Europa-Union näher an die Staatskanzlei: Die Europa-Union hat ihre neue Adresse im Europäischen Informationszentrum (EIZ) in der Thüringer Staatskanzlei. Der Austausch zwischen den Institutionen und mit den Bürgern kann nun noch lebendiger gestaltet werden.

Verantwortlich: Claudia Müller-Conen



## Hessen

### Neue Satzung sowie Finanz- und Beitrags- ordnung beraten

#### Erster „Landesausschuss“ macht Verband zukunftsfähig

Der Landesvorstand traf sich mit den Vorsitzenden, Schatzmeistern und Geschäftsführern der Kreisverbände, um über den zukünftigen Aufbau des Landesverbandes zu beraten. Eingeladen hatte Landesvorsitzender Thomas Mann MdEP nach Friedberg, um einen neuen Satzungsentwurf sowie eine neue Finanz- und Beitragsordnung zu diskutieren. Notwendig geworden war dies als Folge bundesweiter Neuerungen.

Zunächst diskutierten die gut 40 Teilnehmer über den vorgelegten Satzungsentwurf, den das Team der Landesgeschäftsstelle, Landesgeschäftsführer und -schatzmeister Timo Röder und Landesvorstandsmitglied Sven Ringsdorf erarbeitet hatten. Michael Borschel, Jurist und Landesvorstandsmitglied, stellte die vorgeschlagenen Neuerungen vor. Darunter findet sich die Einführung eines zusätzlichen Gremiums: Der „Landesausschuss“ wird mindestens einmal jährlich einberufen und soll über die inhaltliche und organisatorische Ausrichtung des Landesverbandes diskutieren. Außerdem wird die Zusammensetzung des Landesvorstandes klarer geregelt, Ungereimtheiten und überholte Passagen werden ersetzt. Nach eingehender Diskussion einigten sich die Anwesenden darauf, den Entwurf der Landesversammlung in Wetzlar zur Abstimmung vorzulegen.

Die Finanz- und Beitragsordnung, die auch Gegenstand der Diskussion war, soll ebenfalls auf der Landesversammlung beschlossen werden. Bis Juni will man zudem eine neue Ehrenordnung des Landesverbandes und eine Schiedsordnung erarbeiten. Die letzten Stunden nutzte die Versammlung, um über die inhaltliche Ausrichtung des Landesverbandes zu sprechen. Landesvorstandsmitglied Siegfried Münzer legte dafür umfangreiche Ideensammlungen und Konzepte vor, um die Kreisverbände bei ihrer Arbeit zu unterstützen.

Die Teilnehmer waren sich einig, dass die Einrichtung eines „Landesausschusses“ ein sinnvolles Gremienformat ist, um den Landesverband zukunftsfähig zu machen und auch die junge Generation verstärkt einzubinden.

#### Wiesbaden/Rheingau-Taunus

### Europas Werte

Mit über 60 Mitwirkenden war die Veranstaltung zum Thema „Europas Werte“ Anfang März ein voller Erfolg. Der Kreisverband hatte gemeinsam mit der Volkshochschule der Landeshauptstadt Wiesbaden in den historischen Lesesaal der Hessischen Landesbibliothek eingeladen. Im Vordergrund stand die Grundrechtecharta der EU, die Kreisvorsitzender Peter H. Niederelz vorstellte. Sie gehört nach Artikel 6 des Lissabon-Vertrages zum Primärrecht der EU. In der anschließenden lebhaften Diskussion ging es um die historische Entwicklung dieser Grundrechte und darum, dass diese für die größte Zahl der heute lebenden Menschen noch keine Geltung hätten. „Wir müssen begreifen, welche unschätzbaren Werte die europäischen Grundrechte für die Bürgerinnen und Bürger der EU bedeuten“, betonte VHS-Direktor Hartmut Boger. Peter Niederelz sagte zu, dass die Europa-Union dieses wichtige Thema weiterhin behandeln wird.

#### Schwalm-Eder

### Landwirtschaft hat Zukunft

Ein umfangreicher Vortrag von Stefan Strube über den Strukturwandel in der Agrarbranche stand im Mittelpunkt der gut besuchten Kreisversammlung, die wie immer im DGH Schwalmstadt-Michelsberg stattfand. Zur aktuellen Zypernkrisen sprach Dr. Edgar Franke MdB. Regine Müller MdL verwies auf die Entwicklungen im ländlichen Raum. Landrat Frank Martin Neupärtl hatte im Vorfeld bereits in einem Bericht der Agrarverwaltung die Bedeutung der EU-Förderung dargestellt. Kreisvorsitzende Marianne Hühn, die die Veranstaltung leitete, und Schatzmeister Dirk Kaltschnee berichteten über das abgelaufene Geschäftsjahr und die Planungen für 2013.



Stefan Strube

Bild: EUD Schwalm-Eder



Bild: EUD Hessen

#### Trauer um Gerda Feigenbutz

Sowohl der Landesverband Hessen als auch der Kreisverband Offenbach trauern um ihre langjährige Mitstreiterin Gerda Feigenbutz, die am 6. April im Alter von 73 Jahren nach schwerer Krankheit verstorben ist. Gerda Feigenbutz war über mehrere Jahrzehnte in der Europa-Union im Land Hessen aktiv und hat auf Kreisebene verschiedene Funktionen wahrgenommen. Einige Jahre war sie Mitglied des Landesvorstands und hat diesen regelmäßig als Delegierte bei Kongressen des Bundesverbandes und des europäischen Dachverbandes UEF vertreten. In Dankbarkeit und Anerkennung wird die Europa-Union Gerda Feigenbutz ein ehrendes Gedenken bewahren!

Verantwortlich: Timo Röder

## Berlin

### „Europa sollte tun, was es am besten kann: zusammenarbeiten!“

Anlässlich der siebten irischen Ratspräsidentschaft stellte sich Botschafter Dan Mulhall den Fragen interessierter Bürgerinnen und Bürger. Landesvorsitzende Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann betonte vor rund 80 Gästen in der irischen Botschaft, dass damit ein EU-Mitglied die Präsidentschaft inne habe, dessen Europapolitik vom „Umschiffen so mancher Klippen, aber auch vom Kurshalten“ geprägt sei.

Laut Mulhall zeige der Kompromiss über den mehrjährigen Finanzrahmen die Handlungsfähigkeit der EU in der Krise. Es müsse nun eine Einigung vom Europäischen Parlament und dem Rat erreicht werden. Die irische Tradition pragmatischer Politik, Europas Kompromissfähigkeit und die intensivierten Beziehungen der irischen Regierung zum Parlament böten dafür gute Bedingungen. Irland sei wirtschaftlich auf einem guten Weg: Langfristige Staatsanleihen rentierten sich bei einem Zinssatz von nur noch 3,6 Prozent, und die Kreditwürdigkeit werde wieder als „stabil“ bewertet. Da Irland jedoch weder über

von Arbeitsplätzen. Dazu müsse die EU das Potenzial des Binnenmarktes voll ausschöpfen. Die Reform des Datenschutzrechts zur Förderung der Internetwirtschaft, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, besonders der Jugendarbeitslosigkeit, seien Schwerpunkte. Auch ein transatlantisches Freihandelsabkommen werde Wachstumsimpulse setzen. Als Brückenkopf für US-amerikanische Investitionen in Europa sei Irland ein geeigneter Akteur für die Verhandlungen.

Um seine globale Handlungsfähigkeit zu bewahren, müsse sich Europa auf seine wirtschaftliche Stärke besinnen. Zudem betonte Mulhall, Europa müsse das tun, „was es am besten kann: zusammenarbeiten“. Europa habe eine erfolgreiche Zukunft, die aber immer wieder neu erkämpft werden müsse.

*Julian Plottka*

### Staatliche Europa-Schule ist Programm gegen Rechtsextremismus

Vor mehr als zwanzig Jahren hatte die Europa-Union Berlin die Schaffung der „Europa-Schulen“ in Berlin angeregt und im Dialog mit dem Senat und dem Parlament auch die Gründung bewirkt. Deshalb hatte die Arbeitsgemeinschaft Staatliche Europa-Schule Berlin (AG SESB) der Europa-Union Berlin (EUB) die bildungs- und schulpolitischen Sprecher der Fraktionen im Abgeordnetenhaus von Berlin zur Podiumsdiskussion „20 Jahre SESB – Wohin führt der Weg?“ eingeladen. Rund 100 Gäste, darunter Eltern, Lehrer, Schulleiter, Schüler und Verwaltungsmitarbeiter sowie Vertreter von Botschaften, kamen.

Einführend beschrieb Rainer B. Giesel die SESB als bilinguale Begegnungsschule, die umfassend Kenntnisse und Fertigkeiten in der jeweiligen Partnersprache vermittelt. Neben der Zweisprachigkeit leistet sie auch einen Beitrag zur interkulturellen Erziehung und zur Förderung eines europäischen und internationalen Bewusstseins. „Das ist ein hohes Gut“, wie der Schulleiter eines SESB-Standortes in der offenen Fragerunde betonte.

Heute sind 31 Schulstandorte mit neun verschiedenen Sprachkombinationen in Berliner Regelschulen von der Grundschule bis zum Gymnasium integriert. Mehr als 6.000 Schüler mit unterschiedlichem sozialen und geografischen Hintergrund profitieren von dem in Deutschland einmaligen Modell.

Constantin Saß, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft SESB, moderierte die Diskussion mit Hildegard Bentele MdA (CDU), Regina Kittler MdA (Linke), Özcan Mutlu MdA (Grüne) und Andreas Pittrich als Vertreter der Piratenfraktion.

Ein Thema war der integrative Einfluss der SESB auf die Quartiersentwicklung: Deutschsprachige und nichtdeutschsprachige Schüler aus der unmittelbaren Wohngegend lernen sich auch über den Schulbesuch hinaus besser verstehen.

Die SESB ist keine Eliteschule, sondern steht allen Kindern, gerade im unmittelbaren Einzugsbereich des Schulstandorts, offen. Deshalb wurden auch etliche Pläne zur räumlichen Verlagerung einzelner Schulstandorte heftig kritisiert.

Ein wichtiges Merkmal der SESB ist dabei die sprachliche Parität zwischen Muttersprachlern und Partnersprachlern. Durch die Abschaffung der Vorschulklassen in Berlin, auch der zwei- und mehrsprachigen, fehlt eine für die Annäherung der Sprachstände der Kinder notwendige mehrsprachige vorschulische Erziehungsphase. Deshalb forderte Christiane Pěček, selbst Lehrerin und eine Mitinitiatorin der SESB, die Realisierung des Konzepts der Europa-Kita. Die Abgeordnete Bentele versprach diesbezüglich im Parlament initiativ zu werden.

Unter dem Beifall des Publikums fasste Özcan Mutlu sein Lob für die SESB mit den Worten zusammen: „Die Staatliche Europa-Schule Berlin ist ein Programm gegen Rechtsextremismus.“

Heike Gabriel, Vorsitzende der AG SESB, zeigt sich zufrieden mit der Veranstaltung: „Wir wollten eine neue politische Sensibilität für die Staatliche Europa-Schule Berlin in Bezug auf Wertschätzung und Unterstützung wecken.“

*Verantwortlich: Claudia Schur*



*Botschafter Dan Mulhall und Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann  
Bild: Jürgen Sendel*

nationale „Global Player“ noch natürliche Standortvorteile verfüge, müssten mit einer niedrigen Körperschaftssteuer und der Ablehnung der Finanztransaktionssteuer weitere Investitionsanreize geschaffen werden.

Prioritäten der Präsidentschaft seien die Stärkung der Wirtschaft und die Schaffung



## Brandenburg

### Jahresempfang und Mitgliederversammlung

Wie jedes Jahr lud der Landesvorstand auch in diesem Jahr im Vorfeld der Hauptversammlung zum Jahresempfang der Europa-Union Brandenburg ins Restaurant auf dem Gelände der Staatskanzlei in Potsdam ein. Der Vorstand konnte sich über eine noch größere Beteiligung als im Vorjahr freuen. Darunter waren auch zahlreiche Funktionsträger aus europäischen Zusammenhängen. Die Begrüßung erfolgte durch den Landesvorsitzenden Hartmut Ziehlke. Daran schlossen sich Grußworte der Vorsitzenden des Landesverbandes Berlin, Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann, sowie des Generalsekretärs der Europa-Union Deutschland, Christian Moos, an. Weitere Grußworte kamen vom Referatsleiter im Ministerium für Wirtschafts- und Europaangelegenheiten, Wolfgang Balint (in Vertretung des verhinderten Ministers Christoffers), sowie vom Vorsitzenden der Jungen Europäischen Bewegung Berlin, Felix Brannaschk.

Hartmut Ziehlke betonte in seinem Beitrag, dass die Europa-Union in Brandenburg in den nächsten Monaten einen besonderen Schwerpunkt auf die weitere Vermittlung der Europäischen Union in breite Kreise der Bevölkerung lege. Ein Europa der Bürger soll über die innerstaatliche Zusammenarbeit hinaus zur Schaffung einer großen Basis der Bevölkerung in allen Mitgliedsländern beitragen. Hilfreich sein kann hierfür der vom Landesverband auf dem Bundeskongress eingebrachte und mit großer Mehrheit bestätigte Antrag für einen gemeinsamen gesetzlichen Feiertag in allen EU-Ländern ebenso wie die Straßenaktion „Europa mitbestimmen“, an der sich auch der Landesverband Brandenburg aktiv beteiligen wird. Nicht zuletzt gehört dazu auch unser gemeinsamer Einsatz für eine Wahlrechtserweiterung für in Deutschland lebende EU-Bürger. Gerade als Land mit engen Beziehungen und täglichem Austausch mit polnischen Unionsbürgern haben wir hier ein großes Eigeninteresse an der Durchsetzung dieser Forderungen.



(v. l. n. r.) Christian Moos mit Hartmut Ziehlke und Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann  
Bilder: EUD Brandenburg



Der neue Landesvorstand: (v. l. n. r.) Hans-Jürgen Ziele, Andreas-Christian Brandt, Hartmut Siemon, Hartmut Ziehlke, Renate Becker, Hans-Peter Hubert, Martina Greib, Axel Jürs, Alexander Beuch, Haiko Tollmien

Von der Jahreshauptversammlung wurde der Landesvorstand neu gewählt. Dabei wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder, sofern sie wieder antraten, in ihren Funktionen bestätigt. Für den ausscheidenden Boguslaw Pazda wurde Martina Greib als Beisitzerin neu in den Vorstand gewählt. Einen Wechsel gab es bei der Geschäftsführung: Auf eigenen Wunsch kandidierte Hans-Peter Hubert nicht mehr für dieses Amt, er wurde als Beisitzer in den Vorstand gewählt. Neuer Geschäftsführer ist Hartmut Siemon.

### Strategische Orientierung

Als einer der kleineren Landesverbände und noch dazu in einem großen Flächenland

stellen sich den Brandenburgern besondere Herausforderungen in der generellen Kommunikation mit den Menschen im Land, in der Erreichbarkeit und der eigenen Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit. Auch die Mitgliedergewinnung – auf der Jahresversammlung als ein wesentliches Ziel des Landesverbandes bestätigt – soll vor diesem Hintergrund wie auch im Hinblick auf die Europawahl 2014 durch folgende Aktivitäten des Verbandes verstärkt und ausgebaut werden:

1) Aufnahme regelmäßiger Gespräche und Durchführung gemeinsamer europapolitischer Veranstaltungen mit den Stiftungen der im Landtag vertretenen politischen Parteien in den unterschiedlichen Regionen Brandenburgs;

2) Aufnahme von Gesprächen und Abklärung der Möglichkeit gemeinsamer Aktivitäten im Hinblick auf europapolitische Themen mit im Lande vertretenen Fachverbänden aus dem wirtschaftlichen, sozialen, Bildungs- und Umweltbereich;

3) Konsolidierung der vorhandenen und Aufbau weiterer Kreis- bzw. Stadtverbände zur Verankerung und Sichtbarmachung des Verbandes in den Regionen; Ein besonderer Schwerpunkt wird u. a. Frankfurt/Oder sein, auch um dort die im Verband vorhandene Kompetenz und Tradition guter Kooperation mit dem Nachbarland Polen zu vertiefen und weiter auszubauen. Ein wichtiger Ansprechpartner ist hier die Universität Viadrina.

Über die Umsetzung dieser Ziele wird regelmäßig informiert werden.

Verantwortlich: Hartmut Siemon

## Rheinland-Pfalz

### Mehr als der Euro: Welches Europa brauchen wir?

Bei der Podiumsdiskussion im Rahmen des Landeskongresses betonte Andreas Nonnenmacher, Landesvorsitzender der Wirtschaftsjunioren, es gebe keinerlei Euro-müdigkeit, dafür ernte aber das Krisenmanagement der Europapolitiker Kopfschütteln. „Es fehlen die Botschaften der Politik, wo die Reise hingehet.“ Moderiert wurde die Diskussionsrunde von Christian Lindner, dem Chefredakteur der Rhein-Zeitung.

Für Cyrille Beau, Direktor der Michelin-Reifenwerke in Bad Kreuznach, ist die EU nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht ein Erfolg. „Ohne die EU hätten wir nicht die Wachstumsraten. Es ist für uns wichtig, ohne Grenzen produzieren zu können.“ Aber die Europäische Idee fördere vor allem das friedliche Zusammenleben der Völker in Freiheit, Demokratie und Toleranz. In der Wirtschaft funktioniere die Annäherung offensichtlich unbelasteter von ideologischen Hemmschwellen als in der Politik, denn: „Die Türkei gehört bei uns schon lange dazu“, bekräftigte Nonnenmacher. Für Christian Moos, Generalsekretär der Europa-Union, ist die hohe Jugendarbeitslosigkeit in einigen EU-Ländern eines der größ-

ten Probleme. „Ziel muss doch sein, dass der gesamte Kontinent in der Globalisierung vorankommt.“ Als wichtige Voraussetzung für mehr Europa sah Mathias Hevert, Geschäftsführer der Hevert Arzneimittel, die Förderung der Sprachkompetenz. „Wir müssen diese in Kitas und Schulen stärken, das öffnet andere Kulturkreise.“

#### Trier

### Besuch in der Staatlichen Domäne

Zur traditionellen Wein- und Käseprobe in der Staatlichen Domäne Avelsbach freute sich der Kreisvorsitzende Prof. Dr. Werner Lorig als hervorragenden Kenner Dr. Karl-Heinz Faas begrüßen zu können. Bei den Ausführungen von Faas, dem früheren Leiter der Domäne, fehlte nicht der Bezug zu anderen europäischen Weinregionen. Auf diese Weise konnten die Mitglieder des Kreisverbandes und der JEF Interessantes über den dargebotenen Wein und Käse lernen.

#### Altenkirchen

### EU muss handlungs- fähiger werden!

Zum Thema „Bundesstaat Europa? - Die Friedensmacht Europa zwischen Euro-Krise und Nobelpreis“ diskutierten der Bonner Politikwissenschaftler und Direktor am Institut

für Europäische Integrationsforschung, Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, die Europaabgeordneten Jürgen Creutzmann und Birgit Sippel sowie der langjährige außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Karl Lamers, ob eine Vertiefung der Integration notwendig ist. Nach der Einführung durch Landrat Michael Lieber, moderierte Kreisvorsitzender Dr. Markus Schulte die Debatte. Aktuelle Themen wie die Verleihung des Nobelpreises

an die EU, die Situation in Mali, die Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die Forderung des britischen Premierministers nach einem Rückbau der Integration standen im Mittelpunkt der Diskussion.

Laut Ludger Kühnhardt wurde die aktuelle Krise von einzelnen Mitgliedstaaten verursacht, die Lösungen lägen jedoch allesamt auf europäischer Ebene. Birgit Sippel hinterfragte, ob man Bulgarien, Rumänien, aber auch Griechenland nicht zu früh zur EU bzw. zum Euroraum zugelassen habe. Jürgen Creutzmann unterstrich, der europäische Binnenmarkt sei eine große Erfolgsgeschichte für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand. In der Außen- und Sicherheitspolitik habe die EU noch keine ausreichenden Kapazitäten, wie derzeit in Mali deutlich werde. Nach Ansicht Karl Lamers fehle es den Bürgern an einer ausreichenden europäischen Identitätsentwicklung. Ein solches Bewusstsein sei aber notwendig für eine besser funktionierende Union. Kühnhardt forderte eine stärkere Politisierung der Europäischen Kommission und die Einrichtung eines europäischen Finanzministers, der den Namen verdiene. Er wünschte sich im Fernsehen europäische „Talkshows“, die in allen EU-Ländern simultan übersetzt werden. Er schlug vor, alle nationalen Olympia-Mannschaften der EU-Länder sollten hinter der EU-Flagge ins Olympia-Stadion in Rio einziehen. So könne das Gemeinschaftsgefühl der EU-Bürger gefördert werden.

Verantwortlich: Anna Schneider



(v.l.n.r.) Cyrille Beau, Mathias Hevert, Christian Moos, Andreas Nonnenmacher  
Bild: Anna Schneider



(v.l.n.r.) Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Karl Lamers, Birgit Sippel MdEP, Landrat Michael Lieber, Dr. Markus Schulte  
Bild: EUD Altenkirchen



## Baden-Württemberg

### Neujahrsempfang

Der traditionelle Neujahrsempfang der Europa-Union und des Landeskomitees der Europäischen Bewegung stieß auch im Jahr 2013 auf großen Zuspruch. Mehr als 300 Aktive aus den Kreisverbänden, aus Organisationen und Kommunen ebenso wie Parlamentarier aus Land, Bund und Europa fanden den Weg in den Landtag. Als Gastgeber wies Landtagspräsident Guido Wolf darauf hin, wie wichtig das stete Eintreten für die europäische Idee sei. Hier leisteten die beiden Europaverbände gute Arbeit. Der Landtag selbst sei auch auf vielen Feldern europäisch aktiv. Der EUD-Landesvorsitzende Rainer Wieland MdEP betonte mit Blick auf die Feierlichkeiten zum 50-jährigen Bestehen des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages, dass die europäische Einigung immer von Menschen mit Mut und Vorausblick getragen wurde. Gerade in einem Wahljahr sei es wichtig, überparteilich für Europa zu werben. Die Bundestagswahl werde sicher stark von EU-Themen beherrscht. Er sei zuversichtlich, dass die Europa-Union im Land ihren erfolgreichen Weg weiter gehen werde. Europaminister Peter Friedrich unterstrich, dass Europa vor wichtigen Weichenstellungen stehe. Gerade deshalb müsse es einen intensiven Dialog über die Zukunft der EU geben. Gefragt seien Ideen und Begeisterung. Die Aktiven in der Europa-Union und der JEF seien hier gut aufgestellt.

### Donau-Jugendwerk

Unter der Leitung von Florian Setzen (Direktor des Europa-Zentrums Baden-Württemberg) diskutierten im Ulmer Haus der Donau zum Thema „Was braucht ein Donaujugendwerk? – Impulse für eine Entwicklung entlang des Flusses“: Dr. Swantje Volkmann (Kulturreferentin für Südosteuropa am Donauschwäbischen Zentralmuseum, Ulm), Raluca Popa (Kulturreferentin am Deutschen Kulturzentrum, Temeswar/Timisoara), Radka Bonacková (Vertreterin des Koordinierungszentrums Deutsch-Tschechischer Jugendaustausch – TANDEM, Regensburg), Michael Theurer MdEP (FDP/ALDE), Prof. Dr. Jan Bergmann (Vorstandsmitglied des Fördervereins Europa-Zentrum Baden-Württemberg) und der 1.

Bürgermeister Gunter Czisch (Geschäftsführer des Donaubüros Ulm/Neu-Ulm).

### Karlsruhe

### Literarisches Straßburg

Rezent Dr. Stefan Woltersdorff, Leiter der Pamina VHS, führte in die literarische Geschichte der Europastadt Straßburg ein. Dabei spannte er einen Bogen von der Zeit der Römer bis in die Nachkriegszeit. Deutlich wurde, dass Straßburg schon immer ein Kreuzungspunkt der Kulturen und Sprachen war.

### Neckar-Odenwald

### Deutsch-Französische Freundschaft

In einer gemeinsamen Veranstaltung der Großen Kreisstadt Mosbach und der Europa-Union wurde das 50. Jubiläum des Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrags im Nicolaus-Kistner-Gymnasium gefeiert. Das NKG hat schon seit 1957 eine Schulpartnerschaft, aus der sich auch die Städtepartnerschaft mit Chateau-Thierry entwickelte. Gastredner war der Honorarkonsul der Republik Frankreich, Michel Maugé.

### Bad Krozingen

### 50 Jahre Jumelage

Aus Anlass des 50. Jubiläums des Elysée-Vertrags lud der Stadtverband zu einer Matinee in den großen Ratssaal ein. Aus den französischen Partnergemeinden Gréoux-les-Bains und Esparron de Verdon/Haute Provence waren 30 Gäste angereist, darunter die 94-jährige Ehrengastin des „Comité de Jumelage“ Mauricette Chupin. Als Festredner konnte der 96-jährige Senator Louis Jung und frühere Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarats gewonnen werden.

### Main-Tauber

### Renate Heinisch geehrt

Für ihre Verdienste erhielt die langjährige Kreisvorsitzende und Europaabgeordnete Renate Heinisch die goldene Ehrennadel der Europa-Union. Zur Feierstunde aus Anlass

ihres 75. Geburtstags war Landesvorsitzender Rainer Wieland MdEP ins Deutschordenschloss Bad Mergentheim gekommen, um die Verleihung persönlich vorzunehmen.

### Heilbronn

### Friedensnobelpreis

Der Kreisverband würdigte die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union. Erneut verteilten Mitglieder in der Fußgängerzone Info-Broschüren und EU-Brezeln kostenlos an die Passanten. Umso mehr freute es die Heilbronner Europäer, dass kurz zuvor Heinrich Kümmerle senior für sein Engagement für Europa vom Bundespräsidenten mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden war.

### Ortenau

### Trauer um Vera Schreibeisen

Die Europa-Union trauert um Vera Schreibeisen. Die engagierte Europäerin und Künstlerin verstarb im hohen Alter von 97 Jahren. Im Kreisverband war sie lange Jahre u. a. im Vorstand aktiv. Dank ihres Einsatzes konnten die Stadtverbände Oberkirch und Achern aus der Taufe gehoben werden. Auf sie gehen viele Veranstaltungen und Ideen zurück, um für die europäische Idee zu werben. Die Europa-Union wird Vera Schreibeisen in dankbarer Erinnerung behalten.

### Rhein-Neckar

### Energiefahrplan

Der Energiefahrplan der EU bis 2050 und die Gegenüberstellung von Energiebedarf, Verbrauch, Energiequellen und die Kostensituation waren Thema einer Diskussionsveranstaltung im Palais Hirsch in Schwetzingen. Die Referenten waren Dr. Martin Pehnt vom Institut für Energie und Umweltforschung (IFEU) in Heidelberg und Wolfgang Raufelder, energiepolitischer Sprecher der Grünen im Landtag. Durch die Veranstaltung führte der stellv. Kreisvorsitzende Jochen Link.

Verantwortlich: Florian Ziegenbalg

## Saarland

### Gulden trifft Fontane

Zum 50. Jahrestag des Élysée-Vertrages präsentierten die Stadt Saarlouis und vhs saarlouis in Kooperation mit der Stiftung Europäische Kultur und Bildung sowie der Europa-Union Saar eine literarische Film-



Die Deutsch-Französische Freundschaft stand an diesem Abend im Fokus. Mit dabei waren (v. l. n. r.) Roland Henz, Hanspeter Georgi, Alfred Gulden und Arno Krause. Bild: Sabine Schmitt

zählung von und mit Alfred Gulden. Unter dem Titel „Eine Osterreise“ begab sich Gulden auf die Spur des Poeten Theodor Fontane.

Rund 200 Besucher konnte Oberbürgermeister Roland Henz begrüßen, darunter waren auch der frühere Wirtschaftsminister Hanspeter Georgi und Arno Krause, Ehrenvorsitzender der Europa-Union Saar. „Ich hatte schon mit 19 Jahren die Europa-Idee vor Augen“, so Krause. „Kein Ort erscheint mir besser als Saarlouis, dieses Jubiläum zu feiern“, meinte Alfred Gulden, der ein gleichsam unterhaltsames wie nachdenkliches Programm aus Film, Vortrag und Musik präsentierte.

„Aus den Tagen der Okkupation – Eine Osterreise durch Nordfrankreich und Elsaß-Lothringen 1871“ und „Gefangen“ titeln die Bücher von Fontane, um die es sich in dem Film von und mit Alfred Gulden dreht. Nach seiner Rückkehr aus der französischen Kriegsgefangenschaft im Dezember 1870 bricht Fontane am Ostersonntag 1871 zu einer zweiten Frankreich-Tour auf. Sie führt ihn in die Normandie und nach Elsaß-Loth-

ringen, in die von deutschen Truppen besetzten Gebiete, die er mit wohlüberlegten Worten detailliert beschreibt. Im Film hört man die Stimme des Schauspielers Otto Sander, der Fontanes Zeilen vorträgt.

Verantwortlich: Dr. Hanno Thewes



#### Impressum

2/2013

#### EUROPA AKTIV – Aktuelles aus Politik und Verbandsleben

##### Herausgeber:

Europa-Union Deutschland e.V.  
Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin  
Tel.: (030) 303 62 01 30, Fax: (030) 303 62 01 39  
E-Mail: info@europa-union.de  
Internet: www.europa-union.de

##### Redaktion:

Heinz-Wilhelm Schaumann (v. i. S. d. P.),  
Birgit Köbling

##### Redaktionsanschrift:

Hardtbergstraße 23a, 53507 Dernau/Ahr  
Tel.: (02643) 90 1604, Fax: (02643) 90 2552  
E-Mail: redaktion@europa-aktiv.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 3. Mai 2013. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Verbandes sowie seiner Untergliederungen wieder. Für die inhaltliche und sprachliche Gestaltung der Berichte der Landesverbände sind unmittelbar diese selbst verantwortlich. Alle abgedruckten Texte und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Bei Adressänderungen wenden Sie sich bitte an den für Sie zuständigen Landesverband oder direkt an das Generalsekretariat der Europa-Union!

##### Layout & Satz:

Pegasos-Publikationen,  
Hauptstr. 36, 53567 Buchholz/Ww.  
Tel. und Fax: (02683) 943908  
Mobil: (0171) 5076932  
E-Mail: info@pegasos-publikationen.de

##### Druck:

GÖRRES-DRUCKEREI UND VERLAG GMBH,  
Koblenz/Neuwied  
Internet: http://www.goerres-druckerei.de

Annahmeschluss Ausgabe 3/2013:  
20. Mai 2013



Das langjährige geschäftsführende Vorstandsmitglied Bernd Reis wurde während einer Veranstaltung der Europa-Union Saar in der Handwerkskammer verabschiedet. Bernd Reis wird der Europaidee aber weiter verbunden bleiben: Er ist Vizepräsident der Europäischen Bewegung Saar. (v. l. n. r.) Arno Krause, Bernd Reis, Jo Leinen MdEP, Dr. Hanno Thewes

Bild: HWK Saarland